



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Elektrizitätswerk Schwyz AG

# AUSLESE

# Adressen H+I Kanton Schwyz

## H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth  
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt  
Convisa AG, Unternehmens-,  
Steuer- & Rechtsberatung  
6431 Schwyz  
Tel. 041 819 60 60  
Fax 041 819 60 69  
praesident@h-i-sz.ch  
ruedi.reichmuth@convisa.ch

## H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber  
lic. iur. Rechtsanwalt  
Anwaltskanzlei Weber  
Gersauerstrasse 7  
Postfach 618  
CH-6440 Brunnen  
Tel. 041 820 34 44  
Fax. 041 820 34 55  
info@h-i-sz.ch

## Kasse:

Schwyzner Kantonbank  
Tel. 041 819 41 11  
Fax 041 819 41 27

## Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–  
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:  
Roman Weber  
Tel. 041 820 34 44  
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:  
Georges Kaufmann  
Tel. 055 410 11 69  
georg.kaufmann@winterthur.ch

## Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese  
(Herausgabe und Redaktion):  
Sekretariat H+I  
Redaktion Teil «SZ»:  
Franz Steinegger, Schwyz  
Tel. 041 819 08 76  
Abschlussredaktion:  
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz  
Tel. 041 811 80 80  
Satz, Druck, Spedition:  
Bruhin AG, druck | media,  
Freienbach  
Tel. 055 415 34 34  
www.bruhin-druck.ch

## Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli  
Treuhandbüro  
Kirchstrasse 42  
Postfach  
8807 Freienbach  
Tel. 055 415 78 00  
Fax 055 415 78 01  
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

## Inhaltsverzeichnis

### SZ

Wirtschaftsmeldungen ..... 4–9

### Praxistipps für Unternehmer

Auswirkungen des geänderten Kollektiv-  
anlagegesetzes auf die Schweiz und der  
Weg via Liechtenstein als Alternative... 10–11

### Aktuell

Die Schweiz engagiert sich  
im UNO-Jahr der Zusammenarbeit  
im Wasserbereich ..... 12–13  
Lehrstellenmarkt 2013 ..... 13

### Themen

Schweiz übernimmt Präsidentschaft  
der «Freiwilligen Grundsätze für  
Sicherheit und Menschenrechte» ..... 14  
Grundsatzfrage: Wer entscheidet? ..... 15–16

Die öV-Branche plant die Einführung  
der öV-Karte und startet Anhörung  
zu Sortimentsausbau ..... 17–18

Vertriebstrends in der Schweizer  
Hotellerie: Ungebrochenes  
Wachstum der Online-Kanäle ..... 19  
BERUFSBILDUNGPLUS.CH ..... 20

Sponsorensite ..... 21

Index ..... 22

### Kommentar

Die Veränderung und Neuausrichtung  
der Funktion des Finanzchefs ..... 23

## Die Schweizer Zahlungsmodalität wird geschändet



Bruno Vogelsang  
Inhaber VERWO Gruppe

Kennen Sie das? 60 Tage netto, oder gar 90 und 120 Tage? Darf es noch ein wenig Skontoabzug sein? Vielleicht drei oder vier Prozent? Seit der Währungskrise liegen die Kreationen exotischer Zahlungsmodalitäten voll im Trend. Gründe, warum diese neue Variantenvielfalt ökonomisch ein absoluter Nonsens ist, gibt es genug.

### Ein Schwanzbeisser – schneller als man denkt

Die Erhöhung der Zahlungsfristen von den bewährten 30 Tagen auf 60 oder 90 Tage bei den Lieferanten sorgt für einen kurzfristigen Liquiditätsanstieg beim Kunden. Einverstanden. Sobald alle diese Modalität auf Druck der Kunden eingehen und Folge dessen auch bei ihren Lieferanten die Erhöhung durchgesetzt haben, hebt sich der Vorteil auf. Er wird sogar zum Nachteil, da man selber auf die Differenz des eingekauften Wertes zum Verkaufspreis sprich auf die Entlohnung der Wertschöpfung, einen oder zwei Monate länger warten muss. Unter dem Strich hat man sich mittelfristig in eine schlechtere Liquiditätslage hinein manövriert. Was

passiert, wenn alle 60 oder 90 Tage netto durchgesetzt und ihren Lieferanten aufgedrückt haben? Wird dann 4% Skonto und 120 Tage netto als «Weiterentwicklung» dieses Erfolgsmodells angestrebt?

### KMU – Abkürzung für «Kreditbank mehrerer Unternehmen»

Es ist nicht die Aufgabe der Unternehmen, Bank zu spielen. Die Banken können das nämlich viel besser. Die Unternehmen haben Recht auf Bezahlung der Leistung zum Marktpreis und auf Bezahlung nach Auslieferung und Prüfung der Ware, sprich innert 30 Tagen rein netto. Alles andere ist ökonomisch falsch.

### Skonto – Macht dem «Wucherzins» Konkurrenz

Trotz hartem wirtschaftlichem Umfeld ist es unsinnig, wohlgermerkt in Zeiten von tiefsten Zinsen, 3% Skonto einzugehen für die rasche Zahlung innert 10 Tagen. Würde man lediglich 20 Tage länger auf die Zahlung warten, also bis 30 Tage vergangen sind, fährt man glatte drei Prozent mehr Marge ein. Das ist doch ein beachtlicher Mehrgewinn in der Industrielandschaft. Oder anders noch eindrücklicher betrachtet, entspricht dieser Skonto umgerechnet auf einen Jahreszins satten 54.75% Zins. Da staunt doch selbst der «Wucherzins».

### Bürokratie – Einmal nicht vom Staat vorgeschrieben

Wenn der Staat der Industrie und dem Gewerbe neue bürokratische Experimente aufdrückt, werden schnell Stimmen laut. Tut sich das die freie Marktwirtschaft aber selber an, läuft es unter Optimierung der Einkaufsbedingungen. Der Aufwand für alle sich in der Kette befindenden Unternehmen ist nicht zu

unterschätzen, wenn sich etablierte Spielregeln ändern. Jede Firma muss mit den Lieferanten extra kommunizieren; anstatt über neue Produkte über Zahlungsmodalitäten mit Kunden verhandeln; die Bedingungen im System nachpflegen; allenfalls EDV Systeme anpassen lassen, damit es die neuesten Kreativitäten abbilden kann. Der Nächste in der Kette auch wieder und dann der Nächste wieder...

### Schlaumeier – «S'Weggli und dä Bazzä»

Ganz clevere Marktteilnehmer handeln Folgendes aus: Zahlungsfristen von 30 auf 90 Tage und gleichzeitig 3% Skonto innert 10 Tagen. Hört sich nach einem Widerspruch an. Wenn schon, beschränkt man sich auf die eine Forderung oder auf die andere, nicht auf beide. Hat nämlich eine Firma zu viel Liquidität, macht es aus ihrer Sicht Sinn, Skontozugeständnisse zu fordern. Hierfür kann sie allenfalls argumentieren. Wenn die gleiche Firma sich aber vorbehält, anstatt in 10 Tagen in 90 Tagen zu bezahlen, deutet das auf eher knappe liquide Mittel hin. Die Firma ist froh, wenn sie etwas länger warten kann, weil das Geld nicht locker sitzt. In diesem Fall findet sie ausnahmsweise entsprechende Hilfe bei den Lieferanten. Will eine Firma mit beiden Anpassungen gleichzeitig argumentieren, könnte das als «Auspresstaktik» gewertet werden und nicht als Hilfeforderung aufgrund des Liquiditätsbestandes.

Sehr geschätzte Wirtschaft, mach es Dir diesmal doch einfach, bleib einfach bei den «30 Tagen» netto...

Bruno Vogelsang

### Schwyz unter den besten zehn Kantonen

Zug ist der wettbewerbsfähigste Kanton der Schweiz. Dies zeigt eine Studie der UBS. Der Vorjahressieger Zürich belegt neu den 2. Platz. Schwyz schaffte es unter die besten zehn. Im Vergleich zum Vorjahr gehen die Zentralschweizer Kantone sowie die beiden Appenzell als Gewinner hervor. Sie konnten laut der UBS-Ökonomen die Steuern für Unternehmen stark reduzieren. Zudem weisen diese Kantone tiefe Verschuldungsquoten auf. Als Folge davon seien die Unternehmen gewachsen und neue hochqualifizierte Arbeitskräfte zugezogen. Aus den Zahlen könnten aber keine Aussagen über die Wohnattraktivität gemacht werden. Der Wettbewerbsindikator konzentrierte sich ausschliesslich auf das wirtschaftliche Wachstumspotential. Da die Schweiz zu den wettbewerbsfähigsten Ländern gehöre, seien auch Kantone mit einem tiefen Index-Wert international gesehen sehr wettbewerbsfähig, schreibt die UBS.

### Swiss Army Knife darf wieder mitfliegen

Freude bei der Ibächler Victorinox: Auf US-Flügen wird das Mitführen von Taschenmessern ab 25. April wieder erlaubt sein. Passagiere dürfen Klappmesser von bis zu sechs Zentimetern Länge sowie Sport-Utensilien wie Golf-, Hockey- und Baseballschläger im Handgepäck bei sich tragen. Die neuen Regelungen seien Teil einer «risikobasierten Herangehensweise». Dies erlaube es dem Sicherheitspersonal an den Flughäfen, sich bei Kontrollen verstärkt auf Objekte zu konzentrieren, die eine grössere Bedrohung darstellten, beispielsweise Sprengstoff. Die bisherigen strengen Sicherheitsvorkehrungen waren nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA eingeführt worden.

### Neue Plattform für Kantonbank

Die Schwyzer Kantonbank (SZKB) plant Veränderungen, was ihre Immobilienplattform betrifft. Seit dem 1. März wird die bestehende Seite [www.immochwyz.ch](http://www.immochwyz.ch) in das Immobilienportal [www.newhome.ch](http://www.newhome.ch) integriert. Newhome.ch ist eine Plattform, der nebst der Schwyzer Kantonbank noch 13 weitere Banken angeschlossen sind. «Mit der neuen gemeinsamen Marke stärkt die SZKB ihren Marktauftritt und positioniert sich auf nationaler Ebene», heisst es in einer Medienmitteilung.

### Innovativstes Unternehmen gesucht

Die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz (IHZ) sucht die überzeugendsten Innovationen von Zentralschweizer Unternehmen. Mit dem Innovationspreis werden seit mehr als 25 Jahren herausragende Leistungen bei der Entwicklung und Gestaltung innovativer technologie-orientierter und wissensbasierter Produkte, Verfahren sowie Dienstleistungen ausgezeichnet. Der mit 10 000 Franken dotierte Preis bietet Unternehmen die Möglichkeit, ihre Leistungen einer grösseren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und ihren Ruf als innovatives Unternehmen im Wirtschaftsraum Zentralschweiz zu unterstreichen. 2012 wurde die Stöckli Swiss Sports AG in Wolhusen für die Entwicklung und erfolgreiche Vermarktung des e-Bike ausgezeichnet. Der Wettbewerb steht allen Unternehmen mit Sitz in der Zentralschweiz offen. Einsendeschluss ist der 31. Mai. Kontakt: [reto.abaecher@ihz.ch](mailto:reto.abaecher@ihz.ch) (041 410 68 65)

### Hoch-Ybrig investiert weiter

Die Hoch-Ybrig AG ist zufrieden mit dem Geschäftsjahr 2011/12. Der letztjährige Winter brachte keine Spitzenfrequenzen im Hoch-Ybrig. Die Saisonöffnung erfolgte relativ spät. Die sehr tiefen Temperaturen während den Sportwochen im Februar liessen keine Rekordzahlen erwarten. Der Betriebsertrag von knapp 7,8 Mio. Franken liegt im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Unter dem Strich resultiert ein Jahresgewinn von 323 000 Franken. Damit kann zum 10. Mal in Folge eine Dividende ausgeschüttet werden. Diesmal sollen es 20 Prozent auf den Nominalwert von 5 Franken sein. Die Bilanz des Unternehmens ist kerngesund: 92 Prozent oder 16,7 Mio. Franken sind eigenes Geld. Dank des hohen Selbstfinanzierungsgrades kann kontinuierlich in die Erneuerung der Anlagen investiert werden. Im laufenden Jahr steht der Baubeginn der schon seit längerem geplanten neuen Sesselbahn auf das Lachenstöckli an. Die Repetieranlage wird den bisherigen Skilift ersetzen. Es wird mit Investitionen von knapp 7 Mio. Franken gerechnet. Die Sesselbahn soll den Betrieb auf die Wintersaison 2014/15 hin aufnehmen.

## Agro Energie Schwyz mit markantem Ausbautempo

Die Agro Energie Schwyz AG hat in den vergangenen Jahren 60 km Fernwärmeleitungen im Talkessel Schwyz verlegt. Nun ist die zweite Ausbautappe in Planung, welche von 2013 bis 2016 realisiert wird. Damit sollen nebst Schwyz, Ibach, Ingenbohl und Brunnen auch Seewen und Rickenbach angeschlossen werden. Gegenwärtig wird das Aktienkapital auf 15 Mio. Franken aufgestockt, woran die bisherigen Aktionäre Baptist Reichmuth (Initiant und Hauptaktionär), Oberallmeind, Bauunternehmung Schelbert Muotathal, Genossame Schwyz und EBS beteiligt sind. Im Zuge der Eigenkapitaleinbringung zur Finanzierung der 2. Ausbautappe soll das EK auf 24 Mio. Franken erhöht werden. Insgesamt sind bisher 74 Mio. Franken in die Anlage investiert worden, bis zum Endausbau werden es über 90 Mio. sein. Nebst dem Ausbau des Fernwärmenetzes wird insbesondere in die Wärmeerzeugung investiert. Es soll eine so genannte ORC-Anlage eingebaut werden. Dadurch kann mittels Dampfturbine zuerst Strom gewonnen werden, bevor die Wärme ins Netz eingespeisen wird. Eine weitere Verbesserung des Wirkungsgrades soll mit dem Grosswarmwasserspeicher erzielt werden. Dieser wird in Siloform eine Höhe von 50 Metern erreichen und 29 000 Kubikmeter Wasser aufnehmen. Während der Nachtabsenkungszeiten wird der Speicher geladen, sodass in der Spitzenzeit die nötige Warmwassermenge zur Verfügung steht. Dafür ist jedoch eine Umzonung erforderlich, welche einer Volksabstimmung unterliegt.

## Senn baut Cargo-Domizil-Logistikcenter

Mit einer Investition von rund 20 Mio. Franken baut die Senn Transport AG in Seewen ein Logistikcenter für Stückgut. Es entsteht ein Cargo-Domizil-Center, das für den Feinverteiler von Stückgut in der Zentralschweiz zuständig ist. Das bestehende Logistikcenter wird um 8500 Lagerplätze erweitert und ab der SBB-Gotthardlinie ein Abzweiger für eine zweigleisige Umschlagrampe gebaut. Die SBB liefern täglich 16 Güterwagen, deren Fracht im Logistikcenter umgeschlagen und verteilt wird. Das Stückgut soll bei den Nutzern abgeholt oder ihnen gebracht werden. Mit dem Projekt werden Effizienz und Ökologie gestärkt. Die Senn Transport AG ist eine Tochter der Planzer-Gruppe. Der erste Zug mit acht Güterwagen wird am 1. Juli im neuen Logistikcenter eintreffen.

## Schlechtes Jahr für Hotellerie

Gesamtschweizerisch nahmen die Logiernächte um zwei Prozent ab. Den Kanton Schwyz traf es mit einem Minus von 7,2 Prozent deutlich härter. Von den grossen Schwyzer Tourismusorten verlor vor allem Einsiedeln (-23,7 Prozent) massiv. Aber auch Freienbach (-9,5), Morschach/Stoos (-6,9) und Küsnacht (-4,2) verzeichneten klar weniger Übernachtungen. Ingenbohl-Brunnen hingegen konnte die Vorjahreszahlen mehr oder weniger halten. Dies vor allem wegen den Touristen aus China, bei welchen der Kanton Schwyz immer beliebter wird.

## Kühne+Nagel mit weniger Gewinn

Obwohl der Umsatz um knapp 6 Prozent auf 20,75 Mrd. Fr. zulegen, sank der Gewinn 2012 um fast 19 Prozent auf 493 Mio. Franken. Darin eingerechnet ist auch die im März 2012 verhängte Kartellbusse der EU-Kommission von 65 Mio. Franken. Der Betriebsgewinn (EBIT) sank von 750 Mio. Fr. auf 634 Mio. Franken. Bereits in den ersten beiden Quartalen 2012 hätten die Wachstumsverlangsamung in China und das zurückhaltende Konsum- und Investitionsverhalten in weiten Teilen Europas die Volumenentwicklung im internationalen Logistikgeschäft beeinträchtigt, lässt sich Konzernchef Reinhard Lange zitieren. Während die Regionen Nah- und Mittelost, Zentralasien und Afrika (+ 17 Prozent), Asien-Pazifik (+ 16 Prozent) und Nord-, Mittel- und Südamerika (+ 14 Prozent) deutliche Umsatz-Wachstumsraten verzeichneten, stiegen die Erlöse in Europa lediglich um 0,6 Prozent. Kühne+Nagel habe zwar das Geschäftsvolumen in allen Sparten erhöhen können, allerdings sei es nicht gelungen, mit dem erzielten Mengenzuwachs den Margendruck und die Kostensteigerungen zu kompensieren. Gleichzeitig gab der Konzern den Rücktritt von CEO Lange bekannt. Aus gesundheitlichen Gründen will sich dieser nach mehr als 40 Jahren bei Kühne+Nagel auf die Generalversammlung vom 7. Mai hin freistellen lassen. Ein Team unter Leitung von Verwaltungsratspräsident Karl Gernandt wird die Aufgaben von Lange bis zu einer definitive Lösung übernehmen.

## Konzernchef Buscher verlässt Oerlikon

An der Spitze der in Pfäffikon domizilierten Industriegruppe OC Oerlikon kommt es überraschend zu einem Wechsel. Konzernchef Michael Buscher verlässt gemäss einer Medienmitteilung vom 8. März die Kommandobrücke per sofort. Seinen Posten übernimmt

bis auf weiteres Finanzchef Jürg Fedier. Buscher hatte seinen Posten 2010 angetreten. Unter seiner Führung fasste OC Oerlikon wieder Tritt. Nach der Rettung vor dem finanziellen Kollaps im Frühjahr 2010 krepelte der neue Konzernchef Michael Buscher das Unternehmen um. Der Deutsche trimmte Oerlikon seither auf Profitabilität. So wurde im letzten Jahr etwa die Solarpartie im sankt-gallischen Trübbach an Tokyo Electron Limited veräussert. Im Textilbereich trennte sich Oerlikon vom Naturfaser- und Komponentengeschäft. Anfang März konnte der Konzern das beste Ergebnis seit vielen Jahren präsentieren. Nach drei Jahren wollte sich Buscher nun beruflich weiterorientieren, sagte Unternehmenssprecher Burkhard Böndel. Genauere Hintergründe über den Rücktritt nannte er nicht.

### **Charles Vögele will sich weiter verschlanken**

Bei Charles Vögele geht die Talfahrt weiter. Nun denkt die Firma daran, die Notbremse zu ziehen und aus dem Verlustgeschäft in Osteuropa auszusteigen. Man prüfe mit externen Spezialisten den Rückzug aus Polen, Tschechien und Ungarn, teilte der Konzern Anfang März überraschend mit. Damit könnte Charles Vögele die Komplexität im Unternehmen verringern und sich auf die Kernmärkte fokussieren. Ausser in der Schweiz ist der Kleiderkonzern zudem in Deutschland, Liechtenstein, Österreich, Niederlande, Belgien und Slowenien tätig. Insgesamt hat Charles Vögele 812 Läden in zehn Ländern. Gewinn hat das Unternehmen zuletzt allerdings nur noch in der Schweiz gemacht. In allen anderen Ländern vergrösserten sich im ersten Halbjahr die Verluste. Ein Rückzug aus den drei osteuropäischen Ländern könnte den Verlust reduzieren, kommentierte Sarasin-Analyst Patrick Hasenböhler. Das Geschäft dort sei aber klein. Und ein Rückzug aus weiteren Ländern hätte auch negative Folgen. Denn Charles Vögele sei ein internationaler Konzern und brauche die Grösse.

### **Neue Leitung für Erdgas Einsiedeln AG**

Nach 36 Dienstjahren bei der ehemaligen Gaswerk Einsiedeln AG und der jetzigen Erdgas Einsiedeln AG tritt Geschäftsleiter Martin Kälin in den Ruhestand. Neu als Geschäftsleiter gewählt worden ist der 55-jährige Hanspeter Marty, Einsiedeln. Er ist Techniker TS und hat ergänzend dazu eine Handelsschule absolviert. Der Wechsel findet auf den 1. Mai statt. Der zurücktretende Kälin bleibt Mitglied des Verwaltungsrats.

### **Gutes Geschäftsjahr für Sparkasse Schwyz**

Die Sparkasse Schwyz blickt trotz Margendruck und grosser Konkurrenz auf ein sehr gutes Geschäftsergebnis zurück. Der Bruttogewinn erhöhte sich um 22,7 Prozent auf 10,1 Mio. Franken. Nach sinkenden Erträgen im Jahr 2011 konnte die Sparkasse ihren Gewinn im vergangenen Jubiläumsjahr wieder steigern. Der Erfolg aus dem Zinsengeschäft stieg um 4 Prozent auf 18 Mio. Franken. Das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft konnte um markante 17 Prozent gesteigert werden, so dass ein Gewinn von 8,4 Mio. Franken resultierte. Die Kundenausleihungen nahmen um 1,5 Prozent auf 1,45 Mrd. Franken zu. Die Summe der bei der Sparkassengruppe lagernden Kundengelder ist um über 5 Prozent auf 1,27 Mrd. Franken angewachsen. Unter dem Strich resultierte ein Konzerngewinn von 2,7 Mio. Franken. Das sind 1,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Verwaltungsrat beantragt der Generalversammlung am 17. Mai eine 15-prozentige Dividende. Mehrheitsaktionärin ist die Gemeinde Schwyz, die damit vom Gewinn 1,5 Mio. Franken erhält. Die Eigenmittel (nach Gewinnverwendung) beliefen sich Ende 2012 auf 152,4 Mio. Franken, 7,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Eigenkapitalquote beträgt 8,9 Prozent.

### **2012 erneut weniger Bürgschaften**

Der Bürgschaftsfonds des Kantons Schwyz bewilligte letztes Jahr 123 Gesuche, das neu vergebene Volumen betrug 8,25 Mio. Franken. Das sind knapp 100 000 Franken mehr als 2011. Hingegen setzt sich der Trend der letzten Jahre fort, dass die Anzahl der Gesuche rückläufig ist, innert Jahresfrist von 141 auf 123. Vor drei Jahren wurden noch 314 Gesuche eingereicht. Die massive Abnahme ist auf die neuen Belehnungsnormen für Wohnliegenschaften zurückzuführen. Sie wurde Anfang 2010 von 75 auf 80 Prozent erhöht, weshalb weniger Kunden auf eine Bürgschaft angewiesen sind. Per Ende 2012 belief sich das Total der eingegangenen Bürgschaftsverpflichtungen auf 74,3 Mio.

### **Gutes Geschäftsjahr für EBS Schwyz AG**

Das Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz (EBS) konnte die Stromproduktion 2012 um 18,5 Prozent auf 243 Mio. kWh deutlich steigern, was auf die günstige Witterung zurückzuführen ist. Ein schneereicher Winter, langsames Tauen und regelmässige Regenperioden begünstigten die Produktion. Die Kälteperiode im Februar 2012 förderte den Verkauf, denn auch die Stromabgabe wuchs um 2,5 Prozent auf 176 Mio. kWh.

Der Gesamtertrag beläuft sich auf 43,5 Mio. Franken, der Gesamtaufwand auf 40,9 Mio. Franken. Unter dem Strich resultiert daraus ein Jahresgewinn von 2,6 Mio. Franken. Die gesamte EBS-Gruppe (mit Erdgas Innerschwyz AG und Kabelfernsehanlage) hat bei einem Umsatz von 47,4 Mio. Franken einen Gewinn von 3,4 Mio. Franken erwirtschaftet. Darin enthalten ist der Verkauf der Gaswerk-Liegenschaft in Seewen. Die Zahlen sind das eine, die Projekte das andere. Das Baugesuch für das Kleinwasserkraftwerk Steinerää soll im April eingereicht werden. Läuft alles nach Plan, wird im kommenden Herbst/Winter mit dem Bau begonnen. Weiter konnte das Trinkwasserkraftwerk Sattel in Betrieb genommen und für jenes in Steinen mit der Planung begonnen werden. Das zentralste Projekt ist die angestrebte Konzessionserneuerung der Muotakraftwerke. Bis 2015 soll das Gesuch eingereicht werden.

### **Erdgas Innerschwyz mit grossem Absatzwachstum**

Die Erdgas Innerschwyz AG hat 2012 viel investiert und viel Erdgas verkauft. Die EBS-Tochter konnte im vergangenen Geschäftsjahr 39 neue Anlagen in Betrieb nehmen. Laut EGI-Geschäftsbericht wurde markante 23 Prozent mehr Erdgas geliefert als noch 2011, nämlich 34,3 Gigawattstunden. Dies sei auf zahlreiche Neukunden sowie das stetige Wachstum der Industrie- und Gewerbekunden zurückzuführen, heisst es im Geschäftsbericht. 2012 hat die EGI 2,7 Mio. Franken für die Beschaffung von Gas aufgewendet und daraus einen Erlös von 3,8 Mio. Franken erzielt, rund eine Million Franken mehr als im Vorjahr. Auch im Geschäftsfeld «Fahrzeuge» kann Wachstum vermeldet werden. Für Fahrzeuge wurde 32 929 Kilogramm Erdgas verkauft – dies entspricht 48 500 Litern Benzin. Schweizweit verkehren heute rund 10 000 Fahrzeuge mit Erdgas.

### **Schwyzzer Unternehmen gewinnt Swisscom Award**

Das junge Schwyzzer Unternehmen MIT Innovation AG, ein Unternehmen der MIT-Group, wurde mit ihrer Eigenentwicklung TouchMountain von der Swisscom für die beste Schweizer App für Windows Phone ausgezeichnet. Die App of the Year ermöglicht es dem Nutzer, Berggipfel direkt mit der Mobiltelefon-Kamera zu identifizieren und verschiedene damit verbundene Informationen (Höhe, Koordinaten, Distanz zum Gipfel, Wetter, Wikipedia-Artikel, Navigation zum Gipfel etc.) abzurufen. MIT Innovation AG konnte seit seiner

Gründung im Jahre 2011 im boomenden App-Markt für Smartphone-Betriebssysteme bereits diverse Akzente setzen: Mit MeteoCheck können Nutzer aktuelle Informationen zu Tourismusgebieten einholen. Mit Tagi-News konnte eine Anwendung für das bequeme mobile Lesen von Tages-Anzeiger-News entwickelt werden. Für den Tierpark Goldau entwickelte das Unternehmen im Sommer 2012 eine für alle Plattformen verfügbare App. Mit PocketRestaurant wurde eine App speziell für die Gastronomie entwickelt. Das junge Entwicklerteam der TouchMountain-App rund um den Schwyzzer Softwareentwickler Linard Moll besteht auch aus Informatik-Studenten, welche beim jungen Start-Up in einem Teilzeit-Arbeitsverhältnis unter Vertrag stehen.

### **Calendaria wird verkauft**

Im Rahmen der Neuausrichtung ihrer Strategie hat die LZ Medien Holding AG entschieden, sich stärker auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren. Aus diesem Grund trennt sie sich vom Kalendergeschäft. Ab dem 1. Januar 2013 übernahm die deutsche mediaprint-Unternehmensgruppe die Calendaria AG in Immensee. Die Integration in die mediaprint-Gruppe eröffnet der Calendaria AG optimale Entwicklungsmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven. Das Traditionsunternehmen wird als eigenständige Firma unter dem bisherigen Namen weitergeführt. Der Firmenstandort Immensee bleibt erhalten und soll weiter gestärkt werden, indem die Calendaria AG innerhalb der mediaprint-Gruppe zum Kompetenzzentrum für Wire-O-Produkte ausgebaut wird. Ebenso bleiben alle Arbeitsplätze erhalten. Die Calendaria AG verfügt über eine hundertjährige Kalendertradition und ist heute der führende Kalenderverlag und Kalenderhersteller in der Schweiz. Anfang 2012 hat sie mit der Übernahme des Kalenderverlags Eidenbenz die bestehenden Verlagsaktivitäten ausgebaut und beschäftigt heute 45 Mitarbeiter. Die mediaprint-Unternehmensgruppe agiert als Dienstleister in den Geschäftsfeldern Medien, Marketing und Print. Die hochwertigen, in der Schweiz gefertigten Bildkalender der Calendaria AG sind für die mediaprint-Unternehmensgruppe eine optimale Ergänzung für das Produkteprogramm in Deutschland. Die beiden Unternehmen wollen gegenseitig von ihrer langjährigen Erfahrung profitieren und den Standort Immensee weiterentwickeln.

### Nachfrage nach Häusern nimmt ab

Der Immobilienmarkt im Kanton Schwyz beruhigt sich. Die hohe Nachfrage nach Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen nimmt ab. Zu diesem Schluss kommt das Immobilienunternehmen Wüest & Partner in einem umfassenden Bericht, der im Auftrag der Schwyzer Kantonalbank verfasst worden ist. Gründe dafür sind im verhaltenen Wirtschaftswachstum, in den restriktiveren Vorschriften im Hypothekarmarkt sowie im hohen Preissegment für Einfamilienhäuser zu suchen. Dennoch dürfte es kaum zu einem Preiszerfall im Wohnungsbereich kommen. Stark unter Druck geraten werden hingegen die Preise für Geschäftsflächen, wo das Angebot die Nachfrage offenbar bei Weitem übersteigt. Bedarf sei praktisch nur noch für hochwertige Flächen vorhanden, während Objekte an zweitklassigen Lagen mangels Vermarktungschancen kaum ausgeschrieben werden. (Der ausführliche Bericht wird Interessierten von der Kantonalbank gratis zur Verfügung gestellt.)

### Aesculap-Klinik rüstet auf

Die Aesculap-Klinik, der grösste Arbeitgeber in der Gemeinde Ingenbohl, befindet sich im Um- und Aufbruch. Nicht nur das gesamte Gebäude wird für über 20 Millionen Franken modernisiert, erweitert und saniert, auch die Führungsebene wird umstrukturiert. Der bisherige CEO Hans Schwendeler übergibt seine Funktion per 1. Juli an Werner Streicher. Der gebürtige Deutsche wird in Zukunft in erster Linie für die Produktegestaltung wie auch für die politischen Verhandlungen zuständig sein. Schwendeler seinerseits ist neu COO und damit weiterhin für die operative Führung sowie die Leitung des Um- und Neubaus verantwortlich. Damit reagiert man auf die Umstrukturierung im Gesundheitswesen. Mit diesem Schritt wird das Management breiter abgestützt, was unter anderem wegen der neuen Spitalfinanzierung notwendig wurde.

### 71 Prozent werden privilegiert besteuert

Wer am Grundkapital einer Gesellschaft ab einer gewissen Höhe beteiligt ist, muss die Erträge aus Dividenden dieser Gesellschaft nur zu einem Viertel des Satzes des steuerbaren Gesamteinkommens versteuern. Der grünliberale Kantonsrat Markus Ming aus Steinen wollte wissen, wie gross der Betragsanteil dieser privilegiert besteuerten Dividenden an den gesamten Wertschriftenerträgen in den Jahren 2007, 2008 und 2009 war. Nun hat Ming vom Finanzdepartement

Antwort erhalten. 2007 betrug der gesamte Wertschriftenertrag 1,13 Mrd. Franken, davon waren 48,3 Prozent steuerlich privilegierte Dividenden. 2008 waren 37,1 Prozent des gesamten Wertschriftenertrages von 1,23 steuerlich privilegiert. 2009 stieg der Wertschriftenertrag auf 2,52 Mrd. Franken, der Anteil steuerlich bevorzugter Dividenden auf 1,8 Mrd. oder 71,1 Prozent. Die starke Zunahme erkläre sich vor allem damit, dass 2009 auch der Bund diese privilegierte Besteuerung einführt, schreibt das Finanzdepartement in seiner Antwort.

### Hohe Bautätigkeit in der March

Der Schweizer Immobilienmarkt steht derzeit ganz im Bann der Frage einer möglichen Immobilienblase. In ihrer neuesten Studie zeigen die Ökonomen der Credit Suisse auf, dass in der Region March/Höfe noch nicht von Überbewertungen auf dem Immobilienmarkt gesprochen werden kann. Zwar sind die Preise für Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser mit jeweils 6 Prozent pro Jahr im Vergleich zum Landesdurchschnitt (EWg 4,9 Prozent, EFH 3,4 Prozent) überdurchschnittlich stark gestiegen. Dank starken Einkommenszuwächsen befindet sich das Verhältnis zwischen Immobilienpreis- und Einkommensentwicklung aber immer noch auf einem Niveau knapp unterhalb der Überbewertung. Der Hauptgrund für das anhaltende Preiswachstum liege in erster Linie im historisch einmalig tiefen Hypothekarzinsniveau, welches die Nachfrage nach Wohneigentum beflügele. 2010 und 2011 wurden in den beiden Bezirken jeweils über 1000 Wohnungen bewilligt – wobei sich die Bautätigkeit vor allem auf den Bezirk March konzentriert, weil in den drei Gemeinden der Höfe der Boden knapp geworden ist.

### Lehrabbrüche nehmen markant zu

Die neuesten Zahlen der kantonalen Berufsbildungsämter belegen: 9,4 Prozent aller Schweizer Lehrlinge haben 2012 ihre Ausbildung abgebrochen. Das sind 20 678 aufgelöste Lehrverträge, 271 davon im Kanton Schwyz. Dies entspricht acht Prozent aller Schwyzer Lehrlinge. Im Vergleich: Landesweit bricht fast jeder zehnte Lehrling seine Ausbildung ab, im Kanton Schwyz ist es jeder Zwölfte. Im Zentralschweizer Vergleich brechen nur die Zuger (9 Prozent) die Lehre häufiger ab als die Schwyzer. Uri (5,5 Prozent), Nidwalden (5,9 Prozent) und Obwalden (7,3 Prozent) stehen klar besser da. Interessanterweise liegt der Kanton Schwyz sogar hinter Luzern (7,9 Prozent), obwohl sonst



die städtischen Kantone eher schlechter abschneiden als ländliche. Die Schweizer Spitzenreiter bei Lehrabbrüchen sind die Genfer (14,7 Prozent). Insgesamt sind die Westschweizer Kantone eher in den hinteren Rängen anzutreffen. Alarmierend ist, dass die Lehrabbrüche seit 2008 markant zugenommen haben. Damals waren es noch 17 156 Lehrlinge. Im «SonntagsBlick», wo die Studie veröffentlicht wurde, sagt der Präsident der Schweizerischen Berufsbildungsämter-Konferenz zu dieser Entwicklung: «Die Lernenden geben schneller auf, sind weniger bereit, durchzuhalten oder unangenehme Arbeiten zu machen. Es fehlen zunehmend die sozialen Kompetenzen, mit Konflikten am Arbeitsplatz umzugehen.»

### **Bauzonen: Kein Problem für Kanton Schwyz**

Im Kanton Schwyz gibt es aktuell 430 Hektaren rechtskräftig eingezontes, noch nicht überbautes Bauland. Das ist im landesweiten Vergleich unterdurchschnittlich viel. Aufgrund der revidierten Raumplanung, welche am 3. März zur Abstimmung kommt, drohen deshalb keine Rückzonungen. Das bestätigte Bundesrätin Doris Leuthard an der CVP-Wirtschaftstagung vom Januar in Brunnen. Das revidierte Raumplanungsgesetz schreibt fest, dass Gemeinden nur noch für den Bedarf von 15 Jahren Bauland einzonen dürfen. Der Bedarf im Kanton Schwyz bis 2030 wird auf 626 Hektaren geschätzt.

### **Im Kanton Schwyz gibt es 7455 Millionäre**

Im Kanton Schwyz leben derzeit 148 000 Personen. Davon ist fast jeder Zwanzigste ein Millionär. 525 davon sind sogar Einkommensmillionäre. Sie wohnen vor allem im Bezirk Höfe. Gemäss der Ende November veröffentlichten Steuerstatistik haben die 88 336 steuerpflichtigen Personen ein Einkommen von zusammen 7264 Mio. Franken erzielt und ein Vermögen von 67,7 Milliarden Franken deklariert. Auf jeden Kantonseinwohner trifft das ein steuerbares Vermögen von im Schnitt 460 000 Franken. Innerhalb eines Jahres hat das Einkommen um 17,5 Prozent, das Vermögen um 21,4 Prozent zugenommen.

### **Gebert-Stiftung zahlte 9,6 Mio. Franken aus**

Vor 15 Jahren hat Heinrich Gebert (1917–2007) die Ausbildungsstiftung mit Sitz in Schwyz errichtet. Heinrich Gebert war der ehemalige Mitinhaber und Geschäftsführer der Geberit-Gruppe und wohnte bis zu seinem Tod in Wollerau. Er stattete die

Ausbildungsstiftung mit einem Gründungskapital von 30 Mio. Franken aus. Die Ausbildungsstiftung richtet Stipendien und Forschungsbeiträge aus. Stipendien können Studierende beantragen, die eine Ausbildung an einer Universität, an einer Fachhochschule oder an einer Fachschule absolvieren. Bedingung ist, dass sie zuvor eine Berufslehre abgeschlossen oder eine Diplom- beziehungsweise Maturitätsprüfung bestanden haben. Der Kreis der Destinatäre ist auf Studierende aus den Gemeinden des Kantons Schwyz und des Wahlkreises See und Gaster im Kanton St. Gallen eingeschränkt. Seit ihrem Bestehen hat die Ausbildungsstiftung insgesamt Leistungen von 9,6 Mio. Franken ausgerichtet. Sie setzen sich zusammen aus Stipendien im Betrag von 9,1 Mio. und Forschungsbeiträgen von 0,5 Mio. Franken.

### **106 Personen haben ihr Schwarzgeld deklariert**

Seit 2010 steht für alle reuigen Steuersünder ein Türchen offen. Wer sein Schwarzgeld deklariert, kommt ohne Strafe weg. Auf zehn Jahre zurück werden dann die dem Staat entgangenen Einkommens- und Vermögenssteuern aufgerechnet. Strafsteuern fallen weg. Diese ist in der Regel gleich hoch wie die Nachsteuer, kann bei schwerem Verschulden aber auf das Dreifache anwachsen. Letztes Jahr haben 106 Personen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Aufsehen erregte der Fall eines Steuerpflichtigen, der einen Schwarzgeld-Betrag von 90 Mio. Franken deklariert hat. Um wen es sich handelt, unterliegt dem Steuergeheimnis. Die Steuerverwaltung rechnet damit, dass der Kanton rund 4,8 Mio. Franken aus allen Nachsteuern einnehmen wird. Die Motive für die Selbstanzeige sind nach Auskunft von Meinrad Betschart von der Steuerverwaltung Schwyz recht unterschiedlich: Einige der Steuerhinterzieher wollen mit ihrem Gewissen ins Reine kommen, andere wollen ihre Erben nicht mit Schwarzgeld belasten oder Besitzer wollen Schwarzgeld weiss waschen, weil sie eine Investition planen und damit finanzieren, zum Beispiel ein Eigenheim.

*Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.*

## **Auswirkungen des geänderten Kollektivanlagegesetzes auf die Schweiz und der Weg via Liechtenstein als Alternative**

**Seit 1. 3. 2013 gilt das teilweise revidierte Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagegesetz KAG). Ziel und Zweck dieser Teilrevision war, das KAG von 2007 internationalen bzw. EU-Standards anzupassen und so durch eine gleichwertige Regulierung den EU-Zugang für ihre Anbieter zum erstmöglichen Zeitpunkt zu unterstützen. Bisher waren in der Schweiz nur Vermögensverwalter schweizerischer kollektiver Kapitalanlagen dem Gesetz unterstellt. In Zukunft werden nun zwingend auch Vermögensverwalter ausländischer kollektiver Kapitalanlagen dem KAG unterstellt. Zudem sollen bestehende Regulierungslücken in den Bereichen, Verwaltung, Verwahrung und Vertrieb geschlossen werden. Doch trotz Revision bleibt die Frage des EU-Marktzugangs für schweizerische Anbieter mit Unsicherheit behaftet, weshalb sich z.B. der Weg via Liechtenstein als valable Alternative anbietet.**

### **Handlungsbedarf für Vermögensverwalter kollektiver Kapitalanlagen**

Vermögensverwalter ausländischer kollektiver Kapitalanlagen haben sich innert sechs Monaten ab Inkrafttreten der Änderung bei der FINMA zu melden (Art. 158c Abs. 1 KAG Übergangsbestimmung zur Änderung des KAG vom 28. 9. 2012). Innert zwei Jahren ab Inkrafttreten dieser Änderung müssen sie dem Gesetz genügen und ein Bewilligungsgesuch stellen. Bis zum Entscheid über das Gesuch können sie ihre Tätigkeit fortführen (Art. 158c Abs. 2 Änderungen KAG). Kleinere Vermögensverwalter sind von der Revision ausgenommen (verwaltetes Vermögen max. CHF 500 Mio. oder CHF 100 Mio. bei Hebelfinanzierung). Achtung: Warten Sie nicht zu lange mit dem Einreichen Ihres Bewilligungsgesuchs, denn die durchschnittliche Bearbeitungsdauer der FINMA beträgt 249 Tage!

### **Voraussetzungen für eine FINMA-Bewilligung**

Der Entwurf der Verordnung über die kollektiven Kapitalanlagen schreibt bezüglich Finanzen vor, dass Vermögensverwalter kollektiver Kapitalanlagen über ein bar einbezahltes Mindestkapital von CHF 0.5 Mio. verfügen. Die Eigenmittel hängen neu vom Volumen der verwalteten Fonds ab. Organisatorisch sollen Vermögensverwaltung, Durchführung und Administration getrennt werden. Der Verwaltungsrat (VR) muss mindestens drei Mitglieder zählen. Die Mehrheit der Verwaltungsräte darf nicht operativ tätig, und ein Drittel muss unabhängig vom Aktionariat sein. Als «soft practice» hat sich eingebürgert, dass der VR-Präsident nicht als CEO amten darf. Die Geschäftsleitung muss aus mindestens zwei Mitgliedern mit Wohnsitz an einem Ort, wo sie die Geschäftsführung tatsächlich wahrnehmen können, bestehen. Risk Management, Internes Kontrollsystem und Compliance muss funktional und hierarchisch getrennt von operativen Geschäftseinheiten, insbesondere vom

Portfoliomanagement, sein. Schliesslich sollte auch ausreichende Substanz im Bereich Legal / Compliance bestehen. In der Praxis hat sich folgendes Geschäftsmodell als Mindeststandard herausgebildet: zwei Vermögensverwalter mit Delegation an Dritte (z. B. Outsourcing oder body lease).

### **Höhere Anforderungen beim Vertrieb**

Auch beim Vertrieb von ausländischen kollektiven Kapitalanlagen ändert einiges. Gemäss geltendem KAG bedürfen natürliche und juristische Personen einer Bewilligung als Vertriebsträger, sofern sie kollektive Kapitalanlagen in der Schweiz oder von der Schweiz aus öffentlich anbieten oder vertreiben. Als öffentlich gilt Werbung, die sich ans Publikum wendet. Keine öffentliche Werbung liegt vor, wenn sie sich ausschliesslich an qualifizierte Anleger richtet. Künftig erhöhen sich die Anforderungen an die Verwahrstelle. So verschärfen sich die Vorschriften für die Delegation von Tätigkeiten und die Haftung der Verwahrstelle bei einer Delegation. Die Aufgaben der Verwahrstelle regelt das geltende KAG nur ansatzweise. Der Vertrieb wird unter konsequenter Trennung der qualifizierten Anleger von den Publikumsanlegern neu definiert, und die Interessen von Anlegern werden durch einen Vertreter in der Schweiz oder von der Schweiz aus wahrgenommen. Diese Änderungen wirken sich insbesondere auf der Aufwandseite der jeweiligen ausländischen kollektiven Kapitalanlage aus und müssen schliesslich vom Investor bezahlt werden. Es wird sich zeigen, ob die Schweiz für den Vertrieb von

ausländischen kollektiven Kapitalanlagen dereinst noch wettbewerbsfähig sein wird.

### **EU-Marktzugang für Schweizer Vermögensverwalter weiterhin ungewiss...**

Die Revision wurde mit Blick auf den Zugang zum EU-Markt eingeleitet. Allerdings bleibt genau dieses Thema weiterhin mit Ungewissheit behaftet. Ab Juli 2013 können im alternativen Investmentbereich nur noch FINMA-regulierte Vermögensverwalter Kollektivanlagen verwalten bzw. solche Strukturen in die EU vertreiben. Das Passportregime für nicht EU-Manager wird frühestens per Mitte 2015 eingeführt, sofern die KAG-Revision dem EU-Standard entspricht. Aus europäischer Sicht spricht man von der so genannten Drittstaatenerweiterung, die den europäischen Markt für Schweizer Vermögensverwalter mit Sitz in der Schweiz wieder zugänglich machen wird. Dieser volle Zugang ist aber an Bedingungen geknüpft, die zum heutigen Zeitpunkt einige Fragen offen lassen.

### **... Liechtenstein als valable Alternative**

Wenn eine schweizerische Vermögensverwaltungsgesellschaft den Zugang zum europäischen Markt nahtlos benötigt, um Fondsprodukte in Europa zu vertreiben, führt kein Weg an einer Bewilligung in einem EU- oder EWR-Staat vorbei. Ob sie dazu ganz oder teilweise z.B. nach Liechtenstein umsiedelt oder sich einer in Liechtenstein bewilligten liechtensteinischen Gesellschaft angliedert, ist eine strategische Frage. Liechtenstein verfügt aufgrund der engen Beziehungen zur Schweiz und der gleichzeitigen EWR-Mitgliedschaft über eine ideale Ausgangslage. Unser Nachbarland hat die europäischen

Richtlinien bereits in das nationale Recht implementiert und bietet sich deshalb als valable Alternative zur Schweiz an. Wenn ein Schweizer Vermögensverwalter beschliesst, sich in Liechtenstein niederzulassen und dort bei der Finanzmarktaufsicht (FMA) ein Bewilligungsgesuch als AIFM (Alternative Investment Fund Manager) einzureichen, wird der Marktzugang zum europäischen Markt sofort gewährleistet sein. Unter Umständen verzögert sich der uneingeschränkte Marktzugang ein wenig aufgrund letzter offener Punkte zwischen den EWR-Staaten und der EU-Kommission. Seit August 2011 gilt in Liechtenstein das Gesetz über bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (UCITSG). In Umsetzung der europäischen Richtlinie für UCITS wurde das bisherige Gesetz über Investmentunternehmen (IUG), das bis anhin UCITS Fonds wie Non-UCITS Fonds regulierte, zum Teil abgelöst. Das IUG regelt Fondsprodukte und ihre Verwaltungsgesellschaften im alternativen Bereich. In Europa sind derzeit einzig die UCITS-Investmentfonds reguliert, die in anderen Mitgliedstaaten vertrieben werden können. Im alternativen Bereich werden beträcht-

liche Volumen generiert. Die daraus resultierenden Risiken für Anleger und Märkte wurden bis anhin nicht ausreichend normiert. Aus dieser Lücke resultierte die AIFMD, die in Liechtenstein mit dem Gesetz vom 19.12.2012 über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMG) und der dazugehörigen Verordnung vom 29.1.2013 über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMV) umgesetzt wurde. Das AIFMG und die AIFMV treten am 22.7.2013 in Kraft (Art. 190 AIFMG i.V.m. Art. 115 AIFMV). Demzufolge gilt die Zulassung oder Autorisierung frühestens ab diesem Zeitpunkt. Die FMA bereitet sich auf eine höhere Anzahl von Bewilligungsgesuchen vor, so dass der versprochene kurze und unkomplizierte Bewilligungsprozess eingehalten werden kann. Ab dem 1.4.2013 nimmt die FMA Anträge auf Zulassung eines AIFM, der weiteren Bewilligungsträger nach AIFMG sowie Anträge auf Autorisierung oder Zulassung eines AIF entgegen. Neben einem schlanken Bewilligungsprozess bietet Liechtenstein auch steuerlich sehr interessante Möglichkeiten, welche die Attraktivität dieses Standorts, kombiniert mit der geografischen Nähe zu Zürich, weiter erhöhen.

#### **Die Autoren**

##### **Monika Windlin-Strüby**

Lic. iur. Monika Windlin-Strüby ist Rechtsanwältin und Urkundsperson, LL.M. am Sitz Oberer Zürichsee in Pfäffikon SZ bei der Treuhand- und Revisionsgesellschaft Mattig-Suter und Partner. Sie befasst sich vornehmlich mit Fragen der Nachlassplanung (national und international), Vertrags- und Finanzmarktrecht. Sie berät in- und ausländische Finanzdienstleister bei nationalen und internationalen Transaktionen und regulatorischen Fragen aller Art.  
monika.windlin@mattig.ch

##### **Marco Lechthaler**

Marco Lechthaler, dipl. Betriebsökonom FH und dipl. Wirtschaftsprüfer, ist Geschäftsführer der SWA Swiss Auditors AG in Pfäffikon SZ. Das junge, aufstrebende und unabhängige Schweizer Unternehmen konzentriert sich auf drei Geschäftsfelder: Beratung von Finanzdienstleistungsfirmen, interne Revision / Compliance sowie Wirtschaftsprüfung.  
marco.lechthaler@ch.swa-audit.com

## Die Schweiz engagiert sich im UNO-Jahr der Zusammenarbeit im Wasserbereich

Die UNO hat das Jahr 2013 zum Internationalen Jahr der Zusammenarbeit im Bereich Wasser erklärt. Die Schweiz wird sich in verschiedenen nationalen und internationalen Projekten engagieren. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Bundesamt für Umwelt (BAFU) wollen mit verschiedenen Aktivitäten thematisch relevante Zusammenhänge aufzeigen.

### Treffen der Akteure der Wasserwirtschaft in Bern

Den Auftakt bildete der Weltwassertag vom 22. März 2013. Wasser-Agenda 21, ein Zusammenschluss bedeutender Akteure der Schweizer Wasserwirtschaft, und das BAFU organisierten eine Tagung unter dem Titel «Wasser überwindet Grenzen». Ständeratspräsident Filippo Lombardi sprach über die Entwicklung des kürzlich revidierten Gewässerschutzgesetzes und die Bedeutung der Wasseraktive bei der Energiestrategie. Weitere bedeutende Themen in diesem Zusammenhang wie etwa die Internationale Kooperation zum Hochwasserschutz am Alpenrhein oder die Linth-Sanierung kamen ebenfalls zur Sprache.

### Wasser verbindet

Mit einem blauen «&»-Signet hat die DEZA ein Symbol kreiert, das für internationale Zusammenarbeit im Wassersektor, für Engagement und für Solidarität steht. Es soll zeigen, dass Wasser Menschen nicht trennt, sondern verbindet.

Die internationale Gemeinschaft, die Schweiz eingeschlossen, unternimmt bereits grosse Anstrengungen zur Lösung der globalen Wasserprobleme. Nötig ist aber auch das Engagement von Gemeinden, Wasserwerken, Firmen, Kunstschaffenden, Unternehmer/innen und Forschenden. In einer Broschüre mit dem Titel «Join the movement» stellt die DEZA Plattformen vor, die zur Lösung von Wasserproblemen in Entwicklungsländern beitragen:

- Die **Swiss Water Partnership** – das Netzwerk für Fachleute und Interessierte;
- **Solidarit'eau Suisse**: Hier unterstützen Schweizer Wasserversorgungen und Gemeinden Wasserprojekte in Entwicklungsländern. Bereits tragen 67 Gemeinden das Solidarit'eau Suisse-Label;
- **CEWAS**, das «Centre for Water Management Services», unterstützt junge Menschen mit Unternehmergeist und Motivation, die einen Beitrag zur Lösung der Probleme im Bereich Wasser und Siedlungshygiene leisten wollen;
- Die **Swiss BlueTec Bridge** hilft KMUs, Technologien zur Wasseraufbereitung für die Entwicklungszusammenarbeit nutzbar zu machen.

### Wasserkompass für Gemeinden

Auch in der Schweiz braucht es Anstrengungen, um das Wasser nachhaltig zu nutzen. Viele Gemeinden stehen bei der Bewirtschaftung

der verschiedenen Wasserbereiche vor neuen, komplexen Aufgaben. Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Hochwasserschutz, Renaturierungen, Wasserkraftnutzung, Landwirtschaft: Alle diese Ansprüche und Interessen sind mit einer integralen Bewirtschaftung des Wassers in seinem Einzugsgebiet unter einen Hut zu bringen.

Ein so genannter Wasserkompass für die Gemeinden soll bei dieser Herausforderung Orientierung geben. Er regt an, wann sich eine Gemeinde Gedanken zu einer Kooperation machen soll, in welchen Fällen sich eine Zusammenarbeit lohnt und wie man dabei vorgehen kann. In sieben Schritten führt der Kompass von der Idee einer Zusammenarbeit im Wasserbereich über sämtliche Abklärungen bis hin zum Entscheid, ob die Kooperation umgesetzt wird oder nicht.

Initiiert durch das BAFU haben Expertinnen und Experten der Schweizer Wasserwirtschaft ihr Wissen und ihre Erfahrung zusammengetragen und im Wasserkompass gebündelt. Dieser steht allen Gemeinden in der Schweiz auf Deutsch, Französisch und Italienisch kostenlos zur Verfügung und kann in gedruckter Form bezogen werden oder ist als PDF im Internet erhältlich.

([www.news.admin.ch](http://www.news.admin.ch))

### Wasser überwindet Grenzen

Von der Quelle bis zum Meer fliesst das Wasser durch Gemeinden, Kantone und Staaten. Auf diesem Weg nutzt es der Mensch auf vielfältige Weise, er schützt es vor Beeinträchtigungen und sich selbst vor Gefahren des Wassers. Für eine Bündelung der unterschiedlichen Interessen und Ansprüche muss das Wasser in seinem Einzugsgebiet koordiniert bewirtschaftet werden. Dies macht eine Zusammenarbeit über politische und administrative Grenzen hinweg notwendig.

Die nachhaltige Bewirtschaftung der Ressource Wasser ist eine der grössten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Weltweit haben heute 783 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und 2,5 Milliarden keine oder ungenügende sanitäre Anlagen. Mehr als 80% der Abwässer gelangen unbehandelt in Gewässer. Bereits 2025 wird mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Regionen mit Wasserknappheit leben. Die wachsende Weltbevölkerung, der zunehmende Konsum und der Klimawandel werden diesen Missstand noch verschärfen.

## Lehrstellenmarkt 2013

Am Lehrstellenmarkt vom Mittwoch, 17. April 2013, in Rothen thurm, sind Ausbildungsbetriebe, die noch Lehrstellen zu vergeben haben, mit Ständen vertreten. Schülerinnen und Schüler können den Markt zur ersten Kontaktaufnahme mit den Lehrbetrieben nutzen. An diesem Tag findet ein gegenseitiges persönliches Kennenlernen statt, es werden die nächsten Schritte vereinbart, jedoch keine Lehrstellen-Zusagen gemacht.

**Der Lehrstellenmarkt ist ein Angebot für Schülerinnen und Schüler, die noch auf der Suche nach einer Lehrstelle für August 2013 sind.**

Die Schülerinnen und Schüler bringen ein fixfertiges Bewerbungsdossier mit. Sie sind vorbereitet für ein kurzes Vorstellungsgespräch. Die Teilnahme ist freiwillig. Sie haben noch keine Lehrstelle. Sie sind am Bewerben, aber bisher hat's noch nicht geklappt. Sie haben an diesem Tag die Möglichkeit, mit Ausbildungsbetrieben in Kontakt zu

kommen, die noch Lernende suchen! Sie können somit verschiedenste Ausbildungsbetriebe mit noch offenen Lehrstellen persönlich kennen lernen. Die Ausbildungsbetriebe stellen sich und ihren Betrieb vor. So können gegenseitige Fragen und Anliegen geklärt werden.

**Der Lehrstellenmarkt ist für Ausbildungsbetriebe, die noch auf der Suche nach motivierten Lernenden sind.**

Wenn Sie für Lehrbeginn im August 2013 noch mindestens eine freie Lehrstelle zu vergeben haben und noch eine Lernende oder einen Lernenden suchen, dann würde sich die Teilnahme am Lehrstellenmarkt vom 17. April 2013 lohnen. Von 14.00 bis 16.00 Uhr verwandelt sich die Mittelpunktschule in Rothen thurm in einen Marktplatz für Lehrbetriebe und Lehrstellensuchende. Der Lehrstellenmarkt funktioniert wie eine Tischmesse: Auf der Fläche eines Tisches können Sie Ihren Betrieb und die freie Lehrstelle

präsentieren. Das Publikum sind alle Lehrstellensuchenden aus der Oberstufe des Kantons Schwyz und den Brückenangeboten. Die Schülerinnen und Schüler werden gezielt zu diesem Anlass eingeladen. Die Lehrstellensuchenden bringen ihre Bewerbungsunterlagen mit. So können Sie bei gegenseitigem Interesse schon vor Ort die nächsten Schritte vereinbaren.

Anmeldungen sind noch möglich unter [www.sz.ch/berufsbildung](http://www.sz.ch/berufsbildung) unter der Rubrik Dokumente > Aktuelles. Die Teilnahme ist kostenlos, Tische stehen zur Verfügung. Einrichten und Abbau der Tische sowie Betreuung und Transport gehen zu Ihren Lasten. Bei Fragen können Sie sich gerne ans Amt für Berufsbildung wenden.

**Datum:** Mittwoch, 17. April 2013

**Zeit:** 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr

**Ort:** Mittelpunktschule  
Rothen thurm

## Schweiz übernimmt Präsidentschaft der «Freiwilligen Grundsätze für Sicherheit und Menschenrechte»

Die Schweiz übernimmt für ein Jahr die Präsidentschaft der «Freiwilligen Grundsätze für Sicherheit und Menschenrechte» (Voluntary Principles on Security and Human Rights). Getragen wird die Initiative von Regierungen, Unternehmen und der Zivilgesellschaft. Als erstes Unternehmen mit Hauptsitz in der Schweiz wurde der Bergbaukonzern Xstrata aufgenommen.

Die «Voluntary Principles on Security and Human Rights» richten sich an Unternehmen, die weltweit in der Bergbau-, Oel- und Gas-Industrie tätig sind. Diese beanspruchen häufig den Schutz von Sicherheitsfirmen, Militär und Polizei. Dabei kann es zu Menschenrechtsverletzungen kommen. Um dies zu vermeiden, vermitteln die «Voluntary Principles» konkrete Anweisungen, wie Unternehmen mögliche Risiken analysieren und entsprechende Massnahmen treffen können. Zugleich fordert die Initiative die Unternehmen auf, in den Rohstoffabbau-Ländern den Dialog mit der Bevölkerung, lokalen Behörden sowie öffentlichen und privaten Sicherheitskräften aufzunehmen. Dies ist ganz besonders wichtig in Ländern, die unter Konflikten oder einer schwachen Regierungsführung leiden. Die «Voluntary Principles» sind aber auch für Staaten ein wichtiges Instrument, das sie bei ihrer Pflicht, die Menschenrechte zu schützen, unterstützt.

Die «Voluntary Principles» gehen auf eine Initiative der US-Regierung zurück, die sich im Jahre

2000 mit einer Reihe von führenden Bergbau-, Oel- und Gas-Unternehmen (u.a. Shell, BP, Chevron, Texaco) sowie mit Menschenrechtsorganisationen (u.a. Amnesty International, Human Rights Watch) getroffen hat, um eine gemeinsame Basis in Bezug auf Sicherheit und Menschenrechte auszuloten. Heute gehören der Initiative 21 Oel-, Gas- und Bergbauunternehmen (u.a. Xstrata, BP, Shell, Chevron, Anglo American, Newmont Mining Corporation), 12 Nichtregierungsorganisationen und 8 Regierungen (Schweiz, USA, Grossbritannien, Australien, Kanada, Norwegen, die Niederlande und Kolumbien) an. 5 weitere Regierungen haben Beobachterstatus.

Seit September 2011 ist die Schweiz Vollmitglied und sie hat mit Engagement und einem Nationalen Aktionsplan bekräftigt, die «Voluntary Principles» zu unterstützen, zu fördern und umzusetzen. Konkret ist das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA in Kontakt mit in der Schweiz ansässigen Bergbauunternehmen, aber auch mit Regierungsvertretern von rohstoffabbauenden Ländern mit dem Ziel, Unternehmen und Regierungen zu motivieren, sich den «Voluntary Principles» anzuschliessen. Zudem bemüht sich die Schweiz, den Dialog zwischen Privatwirtschaft, Behörden und der Zivilgesellschaft über Menschenrechte und Sicherheitspraktiken zu fördern. In Peru und der Demokratischen Republik Kongo etwa hat die Schweiz auf lokaler Ebene eine

leitende Rolle inne. Zudem engagiert sie sich in Nigeria, Tansania, Ghana, Südafrika, Indonesien und der Mongolei.

Nun hat die Schweiz die Präsidentschaft des Steuerungsausschusses der «Voluntary Principles on Security and Human Rights» übernommen. Für Botschafter Claude Wild, Chef der Abteilung Menschliche Sicherheit im EDA, Ehre und Herausforderung zugleich: «Eine Herausforderung, die wir gerne annehmen. Wir sind überzeugt, dass es gelingen wird, Menschenrechte und Wirtschaft in diesem Sektor in Einklang zu bringen, weil alle davon profitieren: die Unternehmen und die Gesellschaft. Und wir werden während unserer Präsidentschaft alles daran setzen, diesem Ziel ein gutes Stück näher zu kommen.» Konkret will das EDA seine Zusammenarbeit mit in der Schweiz domizilierten Unternehmen, aber auch mit Regierungen in den Rohstoffförderländern intensivieren. Zudem soll eine Studie erstellt werden, die Auskunft gibt über die Wirkung der «Voluntary Principles». Schliesslich soll ein Leitfaden Unternehmen, die in fragilen Staaten tätig sind, dabei unterstützen, ihren Sicherheitsbereich zu reformieren.

([www.news.admin.ch](http://www.news.admin.ch))

## Grundsatzfrage: Wer entscheidet?

Die Mehrheit der Stimmbevölkerung hat beim letzten Abstimmungswochenende eine Verschiebung der Kompetenzen angenommen, die Mehrheit der Kantone eine andere abgelehnt. Das institutionelle System der Schweiz ist zwar komplex, bisweilen frustrierend, bietet jedoch die einmalige Möglichkeit – um die wir oft beneidet werden –, unterschiedliche Gruppen zusammenzuhalten.

### Zwei institutionelle Abstimmungen

Verfassungsrechtlichen Fragen eilt der Ruf voraus, sie seien kompliziert und langweilig. Diese negative Sichtweise ist übertrieben und wird der Sache nicht gerecht. Die institutionelle Grundsatzfrage lautet: «Wer entscheidet?». Sie ist nicht nur einfach, sondern absolut legitim und es wäre wünschenswert, die Bevölkerung interessierte sich mehr dafür.

Zwei der Vorlagen des jüngsten Abstimmungswochenendes betreffen genau diese Frage: Die Revision des Raumplanungsgesetzes und der Familienartikel. (Nicht so die Minderinitiative, die eine inhaltliche Anpassung eines Bundesgesetzes verlangt.) Die Revision des Raumplanungsgesetzes verschiebt – ohne eigentliche verfassungsmässige Grundlage – Entscheidkompetenzen der Kantone zum Bund. Der Familienartikel zielte ebenfalls darauf ab, die Planung und Umsetzung einer Politik, die bisher den Kantonen und ihren Gemeinden oblag – und weiterhin obliegt –, beim Bund zu zentrieren.

Die Revision des Raumplanungsgesetzes hat sowohl die Mehrheit der Stimmbürger als auch die Mehrheit der Kantone gutgeheissen. Letztere war dabei allerdings nicht notwendig. Nur ein einziger Kanton hat sich der Vorlage massiv widersetzt. Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres wird damit diesem Kanton eine Raumplanungspolitik befohlen, die er klar ablehnt. In einem Land, das von sich behauptet, wenn nicht eine echte Konföderation, so doch zumindest ein föderalistischer Staat zu sein, darf man die Berechtigung solcher aufgezwingener Vorschriften zu recht in Frage stellen. Beeinflusst die Walliser Handhabung der Bauzonen den Alltag des Genfers, Baslers oder St.Gallers? Diese Frage hat sich das Stimmvolk nicht gestellt: Es hat sich nur dafür interessiert, welche Auswirkungen das neue Gesetz in seiner direkten Umgebung hat. Doch die darauf gegründete Abstimmung hat dazu geführt, dass in einem von 26 Kantonen, die die Schweiz ausmachen, die Mehrheit der Bevölkerung nicht wählen kann, welche Politik sie sich wünscht.

### Unbegründete Kritik am Doppelten Mehr

Den Familienartikel hat zwar die Mehrheit der Stimmbevölkerung angenommen, die Mehrheit der Kantone jedoch abgelehnt. Gemäss den verfassungsrechtlichen Regeln scheiterte die Vorlage damit am verlangten Doppelten Mehr und wurde abgelehnt. Entgegen einiger Kommentare zwingt hier niemand niemandem etwas auf: Diejenigen

Kantone, die eine weitreichendere Familienpolitik wollen, können dies problemlos für sich entscheiden. Sie können einfach andere Kantone nicht dazu verpflichten, diese Politik zu übernehmen und durch einen Fonds, von dem jeder hofft, mehr daraus zu bekommen als reinstecken zu müssen, mitzufinanzieren. Gewisse Enttäuschte ereifern sich nun in der Kritik des Doppelten Mehr von Volk und Ständen, das für jede Verfassungsänderung verlangt wird. Dieses System, so proklamieren sie, prelle die Mehrheit der Schweizer Bürger. Aber sind sie sich bewusst, dass die Aufgabe des Systems dazu führte, dass die Mehrheit der Bevölkerung in mindestens 14 Kantonen übergangen würde?

Es gibt Stimmen, die solche Bedenken für unsinnig halten, da die Kantone an sich kaum noch oder keinen Gehalt mehr hätten und einzig und allein «das Schweizer Volk» zähle. Häufig handelt es sich dabei jedoch um opportunistische oder einfach unüberlegte Behauptungen, die ebenso schnell – häufig bei denselben Individuen – ins Gegenteil umschlagen können, wenn die sie äussernden Personen in der Minderheit sind und sich dem Zwang einer Mehrheit ausgesetzt sehen. Jeder fordert schliesslich jeweils genau so viel oder so wenig Föderalismus wie es seiner eigenen Sache dient.

### **Komplexes, doch einmaliges und oft beneidetes System**

Wenn man in einem Bundesstaat tatsächlich zusammenleben will, braucht es klare Regeln, die unter allen Umständen gelten. Zudem muss die Realität unterschiedlicher Gruppen mit unterschiedlichen politischen Ansichten und Vorgehensweisen akzeptiert werden. Die schiere Behauptung, es gäbe die absolut richtige und fortschrittliche Anschauung einerseits respektive die absolut falsche und rückständige andererseits, reicht nicht aus, die eigene Lebensauffassung denjenigen aufzuzwingen, die sie nicht teilen.

Anstatt neue Mittel und Wege des Zwangs und der Gleichschaltung zu ersinnen, wäre es sinnvoll, sich wieder einmal vor Augen zu führen, dass die Schweiz mit ihrem komplexen institutionellen System, das sowohl die einen als auch die anderen mitunter frustriert, die einmalige und oft beneidete Chance bietet, die unterschiedlichen Gruppierungen zusammenzuhalten. Man denke nur an die sprachlich bedingten Spannungen in Belgien, an die separatistischen Bewegungen in Grossbritannien oder Spanien, aber auch an die Auflehnung gewisser südlicher Länder gegen die europäische Wirtschaftspolitik, die sich – nachdem sie eine gewisse Zeit durchaus ihren Interessen diente – nun gegen sie wendet. Immer wieder stellt sich dieselbe alles entscheidende Grundsatzfrage: Wer entscheidet für wen? Und immer wieder ist die Feststellung immanent: Der zentralistische Reflex ist ein Faktor für Durcheinander, Unzufriedenheit und Zersplitterung.

*(Centre Patronal)*



## Die öV-Branche plant die Einführung der öV-Karte und startet die Anhörung zu Sortimentsausbau

**Die Branche des öffentlichen Verkehrs plant, auf 2015 die elektronische öV-Karte einzuführen und damit den Zugang zum öffentlichen Verkehr weiter zu vereinfachen. In einem ersten Schritt wird die öV-Karte für Kundinnen und Kunden von General- und Halbtax-Abos eingeführt, sie steht auch für Abos von Verkehrsverbänden offen. Nutzung und Einsatz der Abonnemente verändern sich nicht. Gleichzeitig startet die Branche eine breit angelegte Anhörung zu neuen, besser auf die Bedürfnisse der Reisenden zugeschnittenen Fahrausweisen.**

Der einfache Zugang zum System und die Zuverlässigkeit zählen zu den grössten Stärken des öffentlichen Verkehrs der Schweiz. Um diese Errungenschaften auch für die Zukunft zu sichern, hat sich die öV-Branche für einen Modernisierungsschritt entschieden: Voraussichtlich per 2015 werden zunächst General- und Halbtax-Abonnemente mit der öV-Karte ausgestattet. Damit erreicht der öffentliche Verkehr bereits bei der Einführung der Karte knapp 3 Millionen Kundinnen und Kunden. An Einsatz und Nutzung der Fahrausweise ändert sich nichts.

Die öV-Karte ist technisch und gesamthaft für die öV-Branche wirtschaftlich umsetzbar und setzt auf die bewährte RFID-Technik, eine technische Lösung, die weltweit erprobt und in der Schweiz beispielsweise in Skigebieten bereits heute erfolgreich im Einsatz ist. Der eingesetzte Chip funktioniert als Identifikation der Reisenden (Name, Vorname auf der Karte). Die Fahrausweise wie GA, Halbtax-Abo, Verbund-Abos oder der Zugang zu Drittangeboten sind auf dem Gerät des Kontrollpersonals ersichtlich, sobald eine Kundin oder ein Kunde den Chip an das Gerät hält.

Die öV-Karte schafft eine Plattform, auf der schrittweise verschiedene Fahrausweise und ergänzende Angebote im Bereich Mobilität integriert werden können. Der Chip der öV-Karte wird in eine herkömmliche Plastikkarte integriert. Auf der öV-Karte werden lediglich die Personalien der reisenden Person gespeichert. Diese werden verschlüsselt und entsprechen den Anforderungen des schweizerischen Datenschutzes. Das Kontrollpersonal prüft den Chip mit einem Kontrollgerät. Über dieses sind Art und Gültigkeit des Fahrausweises ersichtlich.

Es ist geplant, den Kundinnen und Kunden mit der öV-Karte zusätzliche Angebote zur Verfügung zu stellen, die auf Reisen mit dem öV nützlich sind. Auf Basis von Kundenbefragungen ist dabei die Integration von Angeboten im Bereich der kombinierten Mobilität wie Velo- und Automiete oder Gastro-Angebote der Speisewagen und Minibars vorstellbar. Ziel ist es, möglichst viele Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden im Bereich der Mobilität abdecken zu können und damit die Angebote des öffentlichen Verkehrs auch in Zukunft möglichst einfach, zuverlässig und übersichtlich anzubieten.

### **Anhörung zur Weiterentwicklung des öV-Sortimentes**

Der öffentliche Verkehr der Schweiz steht für hohe Qualität. Auch deshalb nimmt die Nachfrage weiter zu, was dazu führt, dass das öV-Angebot weiter ausgebaut und entsprechend finanziert werden muss. Alle Beteiligten, also Bund, Kantone, Transportunternehmen und Kunden sind in dieser Beziehung gefordert.

Die öV-Branche will auch in Zukunft allen Reisenden attraktive Produkte anbieten, die auf ihr spezifisches Fahrverhalten zugeschnitten sind und ihren Bedürfnissen entsprechen.

Die wichtigsten Grundprinzipien des öffentlichen Verkehrs bleiben bestehen, die hohe Qualität des öV Schweiz muss unter allen Umständen erhalten bleiben. Das heisst:

- offenes System (ein Fahrausweis ist nicht nur für ein bestimmtes öV-Transportmittel, sondern innerhalb eines Tages für die gewählte Strecke gültig)
- keine Reservationspflicht
- die Hauptpfeiler des Sortiments (namentlich: GA und Halbtax-Abo, Verbund-Abos, Tageskarten und Normaltarif) bleiben unangetastet.

Die wichtigsten vorgeschlagenen Neuerungen, die jetzt in eine breite Vernehmlassung gehen, sind dabei:

### Abonnemente

Bisher gibt es zwischen dem beliebten General-Abo und den verschiedenen Verbund-Abos kein Produkt. Ziel ist, diese Angebotslücke mit einem neuen, attraktiven Abo zu schliessen. Geprüft werden diese neuen Angebote:

- Strecken-Abo kombiniert mit Verbund-Zonen
- Verbund-Abo kombiniert mit Tageskarten
- Gleis 7: Ausdehnung des Geltungsbereichs und Wochenendoption in Prüfung

### Einzelbillette

Das «normale» Einzelbillett, das auf allen Zügen gültig ist, wird es auch in Zukunft weiterhin geben. Ziel ist es jedoch, preislich tiefere Einstiegshürden für Gelegenheitsfahrer zu schaffen und gleichzeitig den öV in den Nebenverkehrszeiten besser auszulasten. Gleichzeitig bilden saisonal angepasste Preise bei touristischen Transportunternehmen die Nachfrageschwankungen ab. Zur Diskussion werden die folgenden Stossrichtungen gestellt:

- **Sparbillette:** Kontingentierte, rabattierte Fahrausweise mit Fahrplanbindung.
- **Kontingentierte, rabattierte Billette und Tageskarten**
- **Saisonal angepasste Tarife für Billette** touristischer Transportunternehmen (für die ganze Schweiz in den gleichen Zeiträumen)

Die öV-Branche hat bisher nichts beschlossen. Es handelt sich hier um mögliche Stossrichtungen. Die öV-Branche startet deshalb eine breite Vernehmlassung. Diese wird Ende Mai 2013 abgeschlossen. Die Ergebnisse fliessen in die weitere konzeptionelle Ausarbeitung ein.

(VöV)

## Vertriebstrends in der Schweizer Hotellerie: Ungebrochenes Wachstum der Online-Kanäle

2012 setzte sich der Trend zum Vertrieb über Online-Kanäle in der Schweizer Hotellerie fort. Gleichzeitig blieben die hoteleigenen Buchungskanäle die wichtigsten Verkaufsschienen, obwohl ihr Anteil am Vertrieb seit Jahren kontinuierlich abnimmt. Zu diesen Schlüssen kommt eine Umfrage des Instituts für Tourismus der Fachhochschule Westschweiz Wallis (HES-SO Wallis) mit der Unterstützung von hotelleriesuisse.

Die direkten Buchungskanäle wie Telefon, Walk-ins, E-Mail oder das Buchungsformular auf der eigenen Webseite waren auch 2012 die mit Abstand wichtigsten Verkaufsschienen in der Schweizer Hotellerie. Der Anteil dieser Kanäle nahm jedoch zwischen 2008 und 2012 von 75,4 Prozent auf 62 Prozent ab. Elektronische Kanäle wie E-Mail, Webseite und Online-Buchungsplattformen machen einen Anteil von rund 60 Prozent aus, wobei der Trend zum mobilen Internet auch in der Schweizer Hotellerie spürbar ist. 2012 waren 40 Prozent (2011: 30%) der Betriebe mit einer mobilen Hotel-Webseite oder einer mobilen Buchungsapplikation (App) aktiv.

### Online-Reiseplattformen haben Marktanteile gewonnen

Echtzeitbuchungen, d.h. die direkte Onlineverfügbarkeitsprüfung und Buchungsabwicklung, erreichten durchschnittlich einen Anteil von rund 30 Prozent. Die Schweizer Hotels realisierten im Schnitt jedoch nur gerade 5,6 Prozent aller Buchungen direkt auf ihrer eigenen Webseite. Marktanteile gewonnen haben vor allem die Online-Reiseplattformen, deren Anteil sich von 5,7 Prozent im Jahr 2008 auf 20,9 Prozent im Jahr 2012 beinahe vervierfacht hat. Als populärste Online-Reiseplattform konnte Booking.com den Marktanteil in der Schweiz innerhalb des letzten Jahres von 53 auf 67 Prozent erneut steigern.

### 194 Millionen Franken Kommissionszahlungen

Die Umfrage zu den Buchungskanälen in der Schweizer Hotellerie hat ergeben, dass 2012 geschätzte 1,16 Milliarden Franken über Online-Vertriebswege generiert worden sind. Dafür zahlten die Betriebe rund 194 Millionen Franken an Kommissionszahlungen, wobei geschätzte 104 Millionen (2011: 85 Mio.) für die Online-Reiseplattformen aufgewendet wurden. Für drei Viertel der befragten Hotels sind die Online-Reiseplattformen zwar unerlässliche Vertriebspartner, 60 Prozent der Befragten nehmen die Höhe der Kommissionen aber als zu hoch wahr. Ebenso kritisiert eine grosse Mehrheit der befragten Betriebe die Möglichkeit zur einseitigen Abänderung der Vertragsbestimmungen

und die Forderung nach Ratenparität. Die im Dezember 2012 auf Initiative von hotelleriesuisse lancierte Untersuchung der WEKO hat diese kritisierten Geschäftsbedingungen im Visier.

### Mit eigener Webseite Direktbuchungen erhöhen

Um die Kosten und die Abhängigkeit von Online-Reiseplattformen zu reduzieren, empfehlen die Autoren der Studie den Hotelbetrieben, den Anteil der Direktbuchungen zu erhöhen. Dies ist mit einer gut sichtbaren, funktionellen und einfachen Buchungsmaske auf der eigenen Homepage und einem klaren Leistungs- oder Preisvorteil bei einer Direktbuchung zu erreichen. Darüber hinaus braucht es eine klare Distributionsstrategie und eine gute Kenntnis der elektronischen Vertriebskanäle und Mechanismen.

Seit 2003 führen die Forscher der Fachhochschule Westschweiz Wallis (HES-SO Wallis) in Zusammenarbeit mit hotelleriesuisse regelmässig Umfragen zur Entwicklung der Buchungskanäle in der Schweizer Hotellerie durch. Die aktuelle Erhebung wurde im Januar 2013 bei über 2000 Mitgliedern von hotelleriesuisse durchgeführt und basiert auf den Resultaten von 205 auswertbaren Antworten.

(hotelleriesuisse)

## BERUFSBILDUNGPLUS.CH

Nationale Kampagne 2013–2014 mit Schwerpunkt Talentförderung

**«Mit der Berufslehre werden aus Talenten Profis». «Mit der höheren Berufsbildung werden aus Profis Experten». Dies sind die Slogans, mit denen heute die nationale Plakatkampagne von BERUFSBILDUNGPLUS.CH startet. Sie informiert Jugendliche und junge Erwachsene über die vielfältigen Möglichkeiten und Karrierechancen, die die Berufsbildung eröffnet. Ziel der Kommunikationsaktivitäten ist es, die Berufsbildung als Karrierestart für leistungsstarke Jugendliche bekannter zu machen und dadurch einen Beitrag gegen den drohenden Fachkräftemangel zu leisten.**

Die Berufsbildung sieht sich in den nächsten Jahren mit der Herausforderung konfrontiert, dass schweizweit einem steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften ein Rückgang der Schulabgängerinnen und -abgänger gegenübersteht. Bereits heute können Unternehmen Lehrstellen mit hohen Anforderungsprofilen zum Teil nicht mehr besetzen. Im Hinblick auf die Deckung des Fachkräftebedarfs verfolgt die Kampagne mit dem Ansatz der Talentgewinnung bzw. Talentförderung folgende Ziele:

- Leistungsstarke Jugendliche für die Karrieremöglichkeiten der Berufsbildung sensibilisieren.
- Das Image der Berufsbildung bei Jugendlichen, Eltern und in der Gesellschaft stärken.
- Unternehmen motivieren, weiterhin Ausbildungsplätze anzubieten.
- In den Betrieben auf die Wichtigkeit der Talentförderung hinweisen, weil sich attraktive Aus- und Weiterbildungen für alle Beteiligten auszahlen.
- Den Erfolg des Berufsbildungssystems anhand der vielfältigen Karrieremöglichkeiten veranschaulichen.

Kernelement der Kampagne ist das Internetportal BERUFSBILDUNGPLUS.CH. Es bietet neben Informationen zu allen Teilbereichen der Berufsbildung insbesondere auch den Kantonen, Berufs- und Branchenverbänden sowie Sozialpartnern verschiedenste Anknüpfungspunkte zum Mittragen der Kampagne. Zusätzlich informiert die Seite neu auch in englischer Sprache über die Stärken des dualen Berufsbildungssystems. Ziel ist es, damit auch ausländische Unternehmen in der Schweiz und Unternehmungen mit ausländischem Management für die Ausbildung von Lernenden zu motivieren. Weiter weist BERUFSBILDUNGPLUS.CH die Unternehmen im Hinblick auf ihre Personalpolitik darauf hin, dass die

höhere Berufsbildung erfahrene Berufsleute für verantwortungsvolle Fach- oder Führungsfunktionen qualifiziert. Diese praxisbezogenen Ausbildungen sind – wie jene an Hochschulen – Angebote der Tertiärstufe im schweizerischen Bildungssystem. Die Schweizer Wirtschaft braucht – um national und international wettbewerbsfähig zu bleiben – gut ausgebildete, qualifizierte Talente auf allen Bildungstufen.

BERUFSBILDUNGPLUS.CH ist – unter der Leitung des Staatssekretariates für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) – eine gemeinsame Initiative des Bundes, der Kantone und Organisationen der Arbeitswelt.

([www.berufsbildungplus.ch](http://www.berufsbildungplus.ch))

## STROM. ÜBERALL. IMMER.

Für die Elektrizitätswerk Schwyz AG (EWS) als Energiedienstleisterin ist Versorgungssicherheit und -qualität wegweisend. Seit der Gründung 1896 fest im inneren Teil des Kantons Schwyz verankert, beschäftigt EWS über 130 Mitarbeitende.

Das Kerngeschäft von EWS bildet die Stromversorgung von rund 20'000 Kunden. Sie befinden sich in den Bezirken Küssnacht, Gersau sowie in Teilen des Bezirks Schwyz. Aber auch die angrenzenden Luzerner See-

gemeinden Greppen, Weggis und Vitznau werden zuverlässig und sicher mit Energie aus Schwyz beliefert. Gleichzeitig bietet EWS im gesamten Versorgungsgebiet Installations-, Kommunikations-, Energie- und Netzdienstleistungen für Dritte an.

### Kennzahlen 2011 / 12:

Stromabsatz in Mio. kWh	253
Stromkunden	19'685
Bilanzsumme in TCHF	30'332
Gesamtleistung in TCHF	62'215
Mitarbeitende am 30.9.	124
davon Lernende	28

## UNSERE LEISTUNGEN

**Elektroinstallationen:** Seit 1896 bieten wir Energiedienstleistungen an. Kundennähe ist unser oberstes Ziel. Deshalb sind wir mit acht Geschäftsstellen vor Ort präsent.

**Anlagenbau:** Seit 1971 betreiben wir einen Schaltanlagenbau. Die Abteilung hat sich in der CKW-Gruppe und als Zulieferer für Leitungssystemlieferanten erfolgreich positioniert.

**Contracting:** 1978 haben wir die erste Heizzentrale gebaut. Heute produzieren wir mit Grosswärmepumpen ca. 3 Mio. kWh Wärme pro Jahr.

**Spezialmontagen:** Seit 1997 realisieren wir Spezialmontagen und Verkabelungen für Verkehrsinfrastrukturbauten wie Strassen- oder Bahntunnel.

**Glasfasernetz:** 2000 wurden für die Vernetzung des Netzleitsystems die ersten Glasfaserverbindungen gebaut. Seit 2006 sind wir am Ausbau des Glasfasernetzes des Kantons Schwyz beteiligt.

**Telematik / Gebäudeautomation:** 2008 haben wir erstmals unter dem Label «Intelligentes Wohnen» kundenspezifische Lösungen für mehr Komfort, Lebensqualität, Sicherheit und Energieeffizienz realisiert.

**Photovoltaik:** 2011 wurde die Förderung erneuerbarer Energien als wichtige Voraussetzung für die Energiewende propagiert. Seither bauen wir Photovoltaikanlagen.

### Elektrizitätswerk Schwyz AG

Strehlgasse 11 | 6430 Schwyz | Tel. 041 818 33 33 | [www.ews.ch](http://www.ews.ch) | [info@ews.ch](mailto:info@ews.ch)

Ein Unternehmen der CKW-Gruppe



## Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

### Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2011	100,1	100,3	100,7	101,0	100,8	100,3	99,7	98,5	98,4	98,1	97,3	97,7
2012	97,7	98,4	98,8	98,7	98,5	98,2	97,9	98,3	98,7	98,6	98,5	98,6
2013	98,4	98,5										
<sup>1</sup>	+0,8	+0,1										

### Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2011	100,1	100,0	100,2	100,3	99,9	99,7	99,3	98,5	98,4	98,3	97,5	97,8
2012	97,8	98,5	98,7	98,6	98,6	98,5	98,4	98,7	98,8	98,8	99,0	99,1
2013	99,0	99,0										

### Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2011	100,0	100,9	101,9	102,5	102,8	101,6	100,5	98,5	98,2	97,7	96,9	97,4
2012	97,4	98,3	99,0	99,0	98,2	97,4	96,7	97,5	98,3	98,0	97,5	97,5
2013	97,3	97,6										

## Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

### Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2011	99,6	100,0	100,7	100,8	100,8	100,5	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4	99,3
2012	98,9	99,1	99,7	99,8	99,8	99,5	99,0	99,0	99,3	99,4	99,1	98,9
2013	98,6	98,9										
<sup>1</sup>	-0,3	-0,3										

2011 <sup>2</sup>	2012 <sup>2</sup>	2012					2013	
		Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.

### Monatsindex (Dezember 2010 = 100)

		100	99,3	99	99,3	99,4	99,1	98,9	98,6	98,9
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	<b>Totalindex</b>	100	99,3	99	99,3	99,4	99,1	98,9	98,6	98,9
	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	98,3	97,4	97,4	97,2	97,6	96,8	97,0	97,8	97,5
	Alkoholische Getränke und Tabak	101,0	102,1	102,0	102,6	102,1	102,7	101,7	103,1	102,7
	Bekleidung und Schuhe	94,5	88,9	82,8	88,4	92,1	91,7	89,6	80,4	82,9
	Wohnen und Energie	101,7	102,5	102,6	102,8	102,7	102,3	102,2	102,1	102,5
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	98,8	97,0	96,4	96,6	96,8	96,5	95,8	94,9	95,4
	Gesundheitspflege	100,2	99,9	99,8	99,8	99,8	99,7	99,3	99,1	99,1
	Verkehr	100,5	98,3	98,2	98,7	98,2	97,2	97,4	97,6	98,5
	Nachrichtenübermittlung	100,1	99,4	100	98,4	98,4	97,9	97,9	97,9	97,8
	Freizeit und Kultur	97,2	94,5	94,2	94,4	94,7	94,9	94,4	94,1	94
	Erziehung und Unterricht	100,3	102	101,6	102,9	102,9	102,9	103,1	103,1	103,1
	Restaurants und Hotels	101,6	102,2	102,2	102,1	101,9	101,8	102	103,1	103
Sonstige Waren und Dienstleistungen	100,4	100,5	100,5	100,4	100,2	100,4	100,4	100,7	101,2	
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	100,4	100,4	100,4	100,4	100,4	100,2	100,4	100,5	100,6
	Auslandgüter	98,7	96	95	96,2	96,7	95,8	94,7	93,3	94,3
	Waren	99,1	96,8	96,0	96,8	97,1	96,4	95,7	94,9	95,4
	Dienstleistungen	100,6	101	101,1	101,1	101	101	101,1	101,3	101,4

<sup>1</sup> Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

<sup>2</sup> Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

# Die Veränderung und Neuausrichtung der Funktion des Finanzchefs

Die letzten Jahre haben mir eines deutlich aufgezeigt: Die Finanzabteilungen bei den Banken unterliegen als Business Partner für die Vertriebs- und Backoffice-Einheiten der Bank zunehmend höheren Erwartungen als bisher. Sie müssen das Kerngeschäft der Bank inzwischen deutlich intensiver unterstützen. So wird der CFO heute verstärkt in Investitions-, Projekt-, vor allem aber auch in Strategie- und Risikoentscheidungen eingebunden. Zudem definiert und berechnet die Finanzabteilung Performance-Indikatoren und legt ein starkes Augenmerk auf eine ausgewogene Risiko-Ertrags-Relation – mit all ihren Treibern.

Genau dasselbe stellen wir auch bei unseren KMU-Kunden fest. Zum Teil jedoch noch mit unterschiedlichem Tempo, unterschiedlicher Konsequenz und Ausprägung. Ein Vergleich zum Fussball drängt sich dabei auf: So war der Finanzchef früher meistens der Goalie oder Verteidiger, heute gleicht seine Funktion eher dem Mittelfeld-Regisseur, höchstwahrscheinlich dem Kapitän und engsten Vertrauten des Trainers. Das führt auch dazu, dass CFO's (und nicht nur CEO's...) heute «ausgetauscht» werden. Bei unseren erfolgreichen KMU-Kunden sind heute die Finanzchefs als Sparring-Partner vollumfänglich integriert, akzeptiert und in der Kommunikation mit uns Banken sehr aktiv und kompetent. Dies, weil sie eben als Co-Piloten des CEO die Geschicke des Unternehmens massgebend mitsteuern und somit alle relevanten Informationen haben.

Die Schwankungen im Unternehmensumfeld haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Auch heute noch – diverse Studien und

Umfragen belegen dies – wird die gesamtwirtschaftliche Lage als sehr unsicher und schwer prognostizierbar charakterisiert. Gerade in diesen Zeiten benötigen der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung zuverlässige Daten und aussagekräftige Reports inklusive Interpretationen und Hochrechnungen für die Zukunft. Aber auch die Banken als Kreditgeber (sowie weitere Stakeholder) verlangen just in diesem Moment mehr Zahlen und Prognosen, um die Umsatz- und Ertragschwankungen der letzten Quartale nachvollziehen und auf die Zukunft projizieren zu können. Wer diese Daten plausibel liefern kann, gewinnt auf allen Ebenen massiv an Vertrauen.

Nicht erst seit der Lancierung der CFO-of-the-Year-Awards – dieser Anlass findet seit 2010 jährlich in Zug statt – wurde man sich der grösseren Bedeutung der Finanzchefs bewusst, es wurde schon länger über eine notwendige Weiterentwicklung diskutiert.

Die Ausprägungen eines erfolgreichen Finanzchefs würde ich wie folgt charakterisieren:

- strategisch orientiert und Ziele im Visier
- operationelle Erfahrung und auf die Geschäftsprozesse fokussiert
- Sparringpartner des CEO und der GL
- ausgeprägte Kenntnisse im Risikomanagement und dessen Umsetzung/Controlling
- guter Kommunikator
- Fähigkeit, mit dem gesamten Topmanagement-Team zusammen zu arbeiten (kritisch und konstruktiv)

Vernetzte Finanzabteilungen sind im Idealfall auch Wegbereiter

für die Weiterentwicklung des Gesamtunternehmens, z.B. bei

- der Effizienzsteigerung operativer Prozesse (inkl. Aufbau/Weiterentwicklung der noch fehlenden IT-Unterstützung)
- der Restrukturierung von Organisationen und Prozessen
- verstärkten Anstrengungen bei Produktentwicklungen und Innovationen
- der Erschliessung neuer Märkte und neuer Kunden
- der Anpassung des Geschäftsmodells

Dies kann bis hin zur Rolle als Moderatoren von Veränderungen und zur Implementierung einer lernenden Organisation gehen.

Fazit: Das aktuell sehr volatile Umfeld stellt die Geschäftsleitungen und vor allem auch den Finanzchef (CFO) bei der Unternehmenssteuerung vor zahlreiche neuartige Herausforderungen. Erfolgreiche KMU sehen diese Schwankungen im Umfeld eher als Chance, weil sie eben das Umfeld gut einschätzen und bewerten können. Damit der CFO die neue Rolle übernehmen kann, gilt es, dieses Arbeitsgebiet im Unternehmen entsprechend neu zu definieren. Diese Transformation darf jedoch nicht isoliert geschehen. Die Unterstützung aller Leitungsgremien sowie die enge Zusammenarbeit mit allen anderen Funktionen sind entscheidend. So entsteht eine konstruktive, wertvolle und vorwärtsgerichtete Veränderungsinitiative, deren Umsetzung den weiteren Erfolg Ihrer Firma unterstützt und fördert.

Andreas Langenegger  
Mitglied der Geschäftsleitung  
der Schwyzer Kantonalbank

### Lunch des H + I - Termin- Vormerkung

Am **Mittwoch, 10. April 2013, ab 12.00 bis 14.00 Uhr** findet im Restaurant **Da Massimo in Biberbrugg** der nächste H + I-Lunch statt, an dem **Herr Ständerat Alex Kuprecht** den Verein «**Netzwerk Arbeit Kanton Schwyz**» vorstellen wird.

Die Einladungen wurden bereits versandt. Anmeldungen werden noch gerne entgegengenommen.

### Gesellschaftsanlass des H + I des Kantons Schwyz

Am **Donnerstag, 6. Juni 2013, ab 16.00 bis ca. 18.00 Uhr**, lädt der H + I seine Mitglieder zum **Gesellschaftsanlass** ein, anlässlich welchem die **Grossbaustelle Zentrum Staldenbach** (ehemaliges Verwo-Areal) in Pfäffikon/SZ besichtigt wird. Danach findet ein **Apéro** mit anschliessendem **fakultativem Nachtessen (Ende ca. 21.30 Uhr)** statt.

Wir bitten Sie, diesen Termin vorsorglich zu reservieren; die Einladungen werden erst später versandt.

Diese Ausgabe wird gesponsert von  
**Elektrizitätswerk Schwyz AG,**  
**Strehlgasse 11, 6430 Schwyz**  
[www.ews.ch](http://www.ews.ch)

Nr.	Datum	Sponsor
440	30. 08 2012	Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz, Riedstrasse 17, 6431 Schwyz
441	27. 09 2012	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
442	25. 10 2012	Bruhin AG, druck media, Pfarrmatte 6, 8807 Freienbach
443	29. 11 2012	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
444	16. 12 2012	Räber AG, Distillerie, Luzernerstrasse 151, 6403 Küsnacht am Rigi
445	24. 01 2013	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Leuholz 23, 8855 Wangen SZ
446	21. 02 2013	720 Grad AG, Architekturbüro, Bahnhofstrasse 1, 8852 Altendorf
<b>447</b>	<b>28. 03 2013</b>	<b>Elektrizitätswerk Schwyz AG, Strehlgasse 11, 6430 Schwyz</b>
448	25. 04 2013	Schweizerische Mobiliar, Generalagent Roland Egli, Lachen, Generalagent Stephan Annen, Schwyz
449	30. 05 2013	OMIDA AG, Homöopathische Arzneimittel, Erlstrasse 2, 6403 Küsnacht a.R.
450	27. 06 2013	pensionskasse pro, Bahnhofstrasse 4, 6430 Schwyz
451	29. 08 2013	MAB Möbelfabrik Betschart AG, Hauptstr. 178, 6436 Muotathal
452	26. 09 2013	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
453	24. 10 2013	A. Bruhin AG, Schaumstoff-Verarbeitung, Brügglstrasse 2, 8852 Altendorf
454	28. 11 2013	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
455	17. 12 2013	Wyrsch Unternehmerschule AG, Weinbergstrasse 10, 8807 Freienbach
456	24. 01 2014	
457	21. 02 2014	Mattig-Suter und Partner Schwyz, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6431 Schwyz
458	28. 03 2014	
459	25. 04 2014	
460	30. 05 2014	
461	27. 06 2014	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf
462	29. 08 2014	
463	26. 09 2014	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
464	24. 10 2014	
465	28. 11 2014	